

Heribert Franz Köck, Herbert Kohlmaier - Hg.

Gedanken zu Glaube und Zeit

Nr. 463

7. Dezember 2023

In dieser Schriftenreihe kommen Menschen zu Wort, die Fragen des Glaubens und der Kirche, aber überhaupt Grundsätzliches betreffend das Leben in unserer Zeit in freier Form diskutieren. Dahinter steht die Absicht, den unverzichtbaren Wert der Frohbotschaft in krisenhaften Zeiten durch Bekenntnis sowie Beispiel sichtbar zu machen und einen Beitrag zur erforderlichen Weiterentwicklung zu leisten. Nur mit einem Handeln aus verantworteter christlicher Freiheit kann die Kirche aus ihrem beklagenswerten und bedrohlichen Zustand gerettet werden. Alle, die sich dieser Auffassung anschließen, sind eingeladen, dazu einen Beitrag zu leisten – in welcher Form auch immer.

Die Aussendung erfolgt unentgeltlich per E-Mail an namentlich adressierte Empfänger in mehreren Ländern, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, mit deren Einverständnis. Häufig erfolgt eine Weiterverbreitung. Jede Verwendung der Texte ist frei, sofern Quelle und Verfasser angegeben und keine sinnstörenden Veränderungen oder entstehenden Kürzungen vorgenommen werden.

Die bisher in der Reihe „Gedanken zu Glaube und Zeit“ erschienene Texte sind im [Austria-Forum - das Wissensnetz aus Österreich](http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit) abrufbar:
http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Glaube_und_Zeit.

Bitte zu beachten:

Sollen Zuschriften an uns vertraulich behandelt werden, ersuchen wir, dies ausdrücklich anzuführen!

Willibert Kurth

Was haben wir von der Weltsynode bis 2024 zu erwarten?

Anmerkungen angesichts verschiedener Akte wenig synodalen Verhaltens des Papstes und eines Vortrags von Regina Polak diesen Juni im Katholischen Akademikerverband (KAV) Wien – und mit einem hoffnungsvollen Ausblick

Teil II

2. Und wie synodal und entsprechend dem Personalitätsprinzip verhält sich jener, der diese Synode einberufen hat und leitet und letztlich darüber entscheidet, was davon umgesetzt wird: Papst Franziskus? Um nur 2 Beispiele anzuführen:

a) Bereits seit Monaten erklärt er immer wieder, dass viele der Vorschläge, die aus Deutschland kommen, in die falsche Richtung gehen und nicht umgesetzt werden. Dabei sind diese nach einem intensiven, mehrjährigen Arbeits- und Diskussionsprozess sowohl von mehr als 2/3 der Bischöfe wie mehr als 2/3 der Laienvertreter für gut befunden worden. Wie synodal, wertschätzend und dem

Personalitätsprinzip entsprechend ist es, diese Vorschläge von vornherein abzukanzeln! Frau Polak sagte dazu auf Nachfrage, dass sie dies auch nicht "gut findet". Aber erfordert ein so eklatanter Verstoß gegen synodale Praktiken nicht klarere Worte? Disqualifiziert ein solches Unterbinden und Verkürzen der Debatte nicht von vornherein die Synode selbst in ihrer Substanz? Und ebenso jenen, der die Synode einberufen hat und darüber entscheidet, wie mit den Ergebnissen verfahren wird?

b) Bei der europäischen Synode in Prag, von der Frau Polak ja sehr kundig berichtete, wurde die Leiterin der deutschen Laien, Frau Dr. Stetter-Karp, für die Teilnahme an der Synode als eine Vertreterin Europas gewählt. Dies wurde vom Vatikan ignoriert und Frau Stetter-Karp nicht zur Synode eingeladen. Synodal? Wertschätzend? Dem Personalitätsprinzip entsprechend? Auf diesen Umstand, der einen Tag vor dem Vortrag von Frau Polak bekannt wurde und in den Medien einen großen Widerhall fand, ging Frau Polak mit keinem Wort ein, obwohl sie ja selbst als Teilnehmerin in Prag dabei war.

c) Vielmehr attestierte Frau Polak gerade den lateinamerikanischen Bischöfen eine große Übung und Sensibilität in synodalen Praktiken, die dort seit Medellín in den 60er und 70er Jahren vielfach geübt werden. Ob dies allerdings auch bei dem Papst aus Lateinamerika so ist und sein wird, ist zu hinterfragen. Ich greife hier nochmals auf eine mir ganz zentral erscheinende negative Erfahrung zurück, und zwar auf seinen Umgang mit der Amazonien-Synode 2019. Dort hat er zunächst die Bischöfe ermuntert, mutige Vorschläge zu machen. Und alle wussten, dass es dabei z.B. um die Weihe von Viri probati ging angesichts der immensen pastoralen und gesellschaftlichen Herausforderungen und der rapiden Zunahme verschiedener polarisierender evangelikaler Gruppen. Dieser wie andere "mutige Vorschläge" kamen mit sehr breiter Mehrheit von der Synode. Doch zur Enttäuschung vieler in Lateinamerika und weltweit hat der Papst aus Buenos Aires diesen Vorschlag der Viri probati wie andere wichtige Entscheidungen der Synode dann nicht umgesetzt. Bischof Erwin Kräutler, einer der maßgebenden Vorbereiter und Gestalter der Synode, ist seither für nunmehr über dreieinhalb Jahre enttäuscht in seiner Vorarlberger Heimat, medizinisch und körperlich zu schwach, um den Flug nach Brasilien antreten zu können.

Was können wir nach dieser Enttäuschung und angesichts der genannten unsynodalen Weichenstellungen des Papstes dann jetzt von dieser Weltsynode erwarten, die im Oktober und in einem Jahr in Rom tagt? Die Vorschläge der Amazonien-Synode wären innerhalb des geltenden Kirchenrechts umsetzbar. Das, was etwa aus Mitteleuropa und Nord- wie Südamerika an Veränderung zurecht und vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Aufarbeitung von Missbrauch, Intransparenzen etc. eingefordert wird, würde eine viel weitgehende, eine grundlegende Umgestaltung des geltenden Kirchenrechts erfordern.

3. Die ablehnende Haltung der Kirche zur (innerkirchlichen) Demokratie wird genauso scheitern wie die Ablehnung einer Verfassung im österreichischen Kaiserreich des 19. Jahrhunderts

In der Diskussion meldete sich zu diesem Themenkreis der Entscheidungsstrukturen ein Historiker zu Wort, der die ablehnende Einstellung der katholischen Amtskirche zu demokratischen Entscheidungsstrukturen mit der Ablehnung einer Verfassung im österreichischen Kaiserreich des 19.

Jahrhunderts verglich. Und er führte aus, dass nach seiner Einschätzung die katholische Kirche ihre ablehnende Haltung zu demokratischen Entscheidungsstrukturen in absehbarer Zeit ebenso aufgeben müsse wie der Kaiser im 19. Jahrhundert seine ablehnende Haltung zur Verfassung.

4. Inhaltliche Unterschiede zwischen dem Input aus Deutschland und Österreich

Abgesehen vom völlig anderen Prozess (in Deutschland ein ganz transparenter, synodaler Prozess mit öffentlichen Sitzungswochen und Beschlüssen; in Österreich überwiegend ein intransparenter Prozess von verschiedensten, nicht immer demokratisch legitimierten Vorschlägen, die (von wem auch immer?) eingebracht und gesammelt wurden. Dazu betonte der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz, Salzburger Erzbischof Franz Lackner, von Anfang an zwei Aspekte:

- a) seine Skepsis gegenüber Veränderungen der Entscheidungsstrukturen in Richtung mehr Demokratie (so mehrfach in Aussendungen der Bischofskonferenz der letzten Jahre)
- b) die Tatsache, dass alle für die Weltsynode einzubringenden Vorschläge "anschlussfähig" sein müssen in Bezug auf die Weltkirche.

Es stellt sich die Frage, in welcher Hinsicht wir mit unseren Vorschlägen aus Österreich, Deutschland, Europa dann anschlussfähig sein sollen?

Anschlussfähig an eine Kirche in Afrika etwa, wo die Ortskirchen sich nach wie vor konsequent in ihren Gesellschaften dafür einsetzen, dass die von der Kirche als Sünde deklarierte Homosexualität im Strafrecht der jeweiligen Länder hart bestraft wird. Was dann bis hin zur möglichen Todesstrafe geht, wie zuletzt in Uganda beschlossen. In Uganda sind im Übrigen die Katholiken mit einem Drittel der Bevölkerung die relativ größte Bevölkerungsgruppe; entsprechend ist der gesellschaftliche Einfluss der Kirche dort.

Oder soll die Kirche anschlussfähig sein an die Grundwerte des Rechtsstaates und der Menschenrechte, zu denen sich die Staaten in der EU sowie in Nord- und Südamerika und andere bekennen? Im Grunde alle Staaten der UNO, was aber in jüngster Zeit aus bestimmten Kreisen als kolonial überformtes Erbe hingestellt und in Frage gestellt wird! Hier kann es – gerade aus dem christlichen Menschenbild heraus – keine zwei Haltungen geben. Jede Zweideutigkeit oder jedes Nachgeben im Hinblick auf die Menschenrechte wäre ein krasser Verstoß gegen die Menschenwürde und das Personalitätsprinzip. Und dies in Zeiten, wo die Menschenrechte und der Rechtsstaat innerhalb unserer Gesellschaften wie leider auch von außen und weltweit immer mehr unter Druck und in Gefahr geraten. Gerade angesichts dieser aktuellen Gefährdungen von Menschenrechten, Menschenwürde und Rechtsstaat ist auch aus christlicher Grundhaltung eine klare Positionierung jeder Person wie auch der Kirche nicht nur wünschenswert, sondern notwendig und erforderlich. Sonst gehen Rechtsstaat, Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit (von Frauen, LGBTQI, Laien ...) immer weiter den Bach runter:

- weltweit (siehe Kriege und Krisen) und
- innergesellschaftlich (Stichworte sind Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Fake statt Fakt etc.).

Hier hilft auch keine Stimmungsmache oder noch so viel Verständnis für einen Papst, der sich leider schon im Vorfeld der Weltsynode sehr unsynodal verhalten hat. Wenn sich die katholische Kirche hier

nicht reformiert und anschlussfähig wird an diese wichtigen Grundwerte, die sich gerade auch aus dem christlichen Menschenbild ableiten und begründen, dann leistet sie den Strömungen gegen Menschenrechte und Menschenwürde Vorschub.

Natürlich können die notwendigen Reformen nicht abrupt erfolgen und alle müssen hier bestmöglich mitgenommen werden. Es braucht Übergänge, Entwicklungen und auch eine berechnete Vielfalt und Dezentralität, die die Einheit nicht gefährdet, sondern sie bereichert und verstärkt. Es würde in der Frage der Homosexualität schon genügen, die Stigmatisierung als Sünde wegzunehmen und das Phänomen der Homosexualität unter den verschiedenen Aspekten von Menschenbild über Biologie und Psychologie bis zu den sozialen Aspekten wahrzunehmen und einzuordnen. Was dann daraus für das Leben der Kirchen vor Ort folgert, wird aus vielen Gründen eine breite Verschiedenheit sein. Klar sollte nur werden, dass es sich nie gegen die betroffenen Menschen und deren Würde richten darf, so wie es am Beispiel der Homosexualität aktuell vielfach in Afrika der Fall ist. Andere Themen ließen sich nennen und vieles auch, wo wir als Europäer von Menschen anderer Regionen lernen können, etwa was unseren schnelllebigen und umweltgefährdenden Konsum-Lebensstil angeht etc. So wichtig die Vorschläge aus Deutschland für eine Reform der Entscheidungsstrukturen sind, so energisch muss gefragt werden, warum in dem größten Land der EU als einzigem kein Tempolimit besteht?!

Dieser Prozess und diese Entwicklungen sind in vieler Hinsicht ein Geben und Nehmen und bereichern im Austausch alle. Wir sollten uns nur nichts Falsches vormachen und auch nicht einseitig immer vor allem auf Rom schauen. Kirche und der Heilige Geist sind überall und bei allen Gläubigen lebendig, wo er mal leise, mal stürmisch weht.

5. Hoffnungslos, aber nicht aussichtslos!

Angesichts der genannten klaren Signale aus Rom und leider auch angesichts eines solchen Vortrages wie jetzt von Frau Professorin Polak fehlt mir allerdings jede Hoffnung auf einen entsprechenden Ausgang der Weltsynode. Nach großen Hoffnungen auf eine Erneuerung der Kirche mit und nach dem Zweiten Vatikanum und jahrzehntelangem Engagement in und für die Kirche kann ich heute angesichts der genannten Fakten und vieler anderer Erfahrungen nur ernüchert und sehr enttäuscht feststellen: Von dieser Kirche mit dieser Kirchenleitung in Rom ist von innen heraus keine erneuernde Reform zu erwarten, wie sie notwendig wäre, um aus den Krisen der letzten Jahre die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und die Kirche anschlussfähig zu machen an Menschenrechte und Rechtsstaat in unserer Zeit hier und heute.

Aber in meiner Enttäuschung bin ich nicht aussichtslos. Wenn auch die Rettung nicht aus der Kirche kommen wird. Aber sie wird kommen, und zwar schneller, als man dies zu hoffen wagen oder befürchten: Sie wird aus Brüssel und Luxemburg kommen, wo in den Sitzungssälen, Büros und Gängen der EU "Französisch gesprochen wird" (sprich das säkulare, laizistische Staatsverständnis vorherrscht); und wo in den Schubladen der Kommission und vor allem des EuGH in Luxemburg schon entsprechende Beschlüsse in den Schulbadern vorbereitet sind, die nur darauf warten, bei einem entsprechenden Anlassfall in Geltung gesetzt zu werden. Und die dann sehr schnell und durchgreifend Geltung entfalten, und zwar EU-weit. Etwa mit dem Inhalt, dass alle Institutionen und

Zusammenschlüsse in einem Rechtsstaat, von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen bis hin zu Sportvereinen etc. in ihrer inneren Verfassung demokratischen und rechtsstaatlichen Grundregeln entsprechen und die Grundrechte inkl. Diskriminierungsverbot uneingeschränkt gelten müssen. Und dies umso mehr für Organisationen, die in so sensiblen Bereichen wie Erziehung und Bildung tätig sind und die hier eine besondere Vorbildfunktion und große Verantwortung haben.

Willibert Kurth ist Sprecher des Lainzer Kreises
an der Kardinal König Akademie in Wien

Kontakt:

Emer. O. Univ. Prof. Dr. Heribert Franz Köck, 1180 Wien, Eckpergasse. 46/1,

Tel. (+43) 660 14 13 112 , heribert.koeck@gmx.at

Volksanwalt i. R. Dr. Herbert Kohlmaier. 1230 Wien, Gebirgsgasse 34,

Tel. (+43) 676 516 48 46 , kohli@aon.at

Unter diesen Adressen ist auch eine Abbestellung der Zusendungen möglich!